



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 23.12.2009

AN/1991/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	02.02.2010

Ablehnung einer Sondersteuer auf Dienstleistungen des Hotel- und Gaststättengewerbes

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, folgende Resolution auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen und zu beschließen:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln begrüßt die von der Bundesregierung beschlossenen Steuererleichterungen für die Bürger und lehnt jede weitere Steuererhöhung auf kommunaler Ebene strikt ab.
- 2.) Der Oberbürgermeister und die zuständige Fachverwaltung werden beauftragt, insbesondere bei den kölnischen Hotel- und Gaststättengewerbe und allen weiteren relevanten Wirtschaftsbereichen klarzustellen, dass die entlastenden Maßnahmen der Bundesregierung von Seiten der Stadt Köln zukünftig nicht durch Sondersteuern und – abgaben konterkariert werden.

Zur Begründung:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln als relevant haushaltstragende Partei hat mit dem unsinnigen und schädlichen Vorschlag einer lokalen Steuer auf Hoteldienstleistungen nachhaltig dem Ruf der Stadt Köln geschadet. Die Stadt Köln hat von jeher von ihrer Lage als Wirtschaftszentrum West in Europa einen hervorragenden Ruf als Messe- und Kongressstandort. Dazu gehört ein vielfältiges Angebot im Hotel- und Veranstaltungsbereich. Geht man von der Prämisse aus, dass nach SPD-Vorschlag fünf Prozent Aufschlag auf jede Übernachtung erhoben werden und die Anzahl der Übernachtungen um sieben Prozent

zurückgeht, dann hat die Stadt Köln verminderte Einnahmen und die Hotels erleiden gravierenden wirtschaftlichen Schaden.

Gez. Jörg Uckermann, Judith Wolter